

Ein Top-Manager des MfS

Die Stasi-Karriere des Geheimdienst-Offiziers Alexander Schalck-Golodkowski

Seit fast einem Jahr sitzt der Devisenbeschaffer der SED, Schalck-Golodkowski, unbehelligt am Tegernsee – ein Genosse, der die Wende scheinbar unbeschadet über-

standen hat. Dokumente belegen, daß Schalck als Spitzenmann der Stasi gegen die Bundesrepublik gearbeitet hat – ein Fall für den Generalbundesanwalt.

Ingenieur Hans Jochheim, Jahrgang 1919, kannte sich aus im kriminellen West-Ost-Geschäft. Jahrelang transportierte er, verbotenerweise, elektronisches Gerät in die DDR, das dann im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) landete. Wert der Lieferungen: mindestens 2,8 Millionen Mark.

Richter verknackten den alerten Händler mit Embargo-Waren 1986 nicht nur wegen diverser Wirtschaftsdelikte. Sie werteten den illegalen Technologie-Transfer als „geheimdienstliche Agententätigkeit“ gegen die Bundesrepublik – Jochheim war, vulgo, Spion.

Das Urteil des Oberlandesgerichts Celle gegen den „Händleragenten“, 40 Monate Haft, ließ Staatschützer jubeln. „Ausspähung von Wissenschaft und Technik als Spionagetätigkeit zu erkennen und zu beweisen“, befand ein hoher Polizeibeamter, sei „bisher ein scheinbar unüberwindliches Problem der Rechtsprechung“ gewesen; Celle habe eine „richtungweisende Entscheidung gefällt“.

Der Richterspruch könnte einen Prominenten einholen, der sich seit Monaten in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit als Sauber- und Ehrenmann ohne Schmutz und Tadel aufspielt – Alexander Schalck-Golodkowski, 58, zu SED-Zeiten Erich Honeckers Außenhandels-Staatssekretär und Chef der geheimnisumwitterten Sonderbehörde „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo).

Bislang ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen den „Politkriminellen“ (Ex-Staatssekretär Klaus Bölling) lediglich wegen Untreue. Doch jetzt

aufgetauchte Dokumente belegen, daß der Geheimdienstoffizier Schalck jahrelang im Staatsauftrag High-Tech schmuggelte – am Zuge wäre der Generalbundesanwalt, zuständig für die Verfolgung von Spionen.

Schalck oblag, zusammen mit seinem Staatssekretärs-Kollegen Karl Nendel vom Ministerium für Elektrotechnik, die „zentrale staatliche Führung der Realisierung der Embargoimporte“ (DDR-Geheimpapier) für die Volkswirtschaft, fürs Militär, für das MfS und dessen Spionageapparat, die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Beide hätten den „gesamten Prozeß der Entschei-

dungsfindung ... und Realisierung ... stabsmäßig geführt“. Die DDR gab für die begehrte Technik schätzungsweise zehn Milliarden West-Mark aus.

Schalck war auch, entgegen seiner Beteuerung im ARD-Fernsehen („Ich war dem Minister für Staatssicherheit nicht direkt unterstellt“) Stasi-Chef Erich Mielke persönlich verantwortlich. Und Schalck gehörte, auch wenn er es abstreitet, zu den führenden Managern des MfS.

Zwar wurde der Träger von 22 staatlichen Ehrenzeichen – von der Medaille für treue Dienste über den doppelten Karl-Marx-Orden bis zum Großen Stern

der Völkerfreundschaft – in der offiziellen MfS-Kartei seit dem 7. Oktober 1975 lediglich als Oberst geführt.

Doch Schalcks wahre Bedeutung läßt sich an seinem MfS-Gehalt ablesen. Entlohnt wurde er als Generalleutnant, Jahresgehalt laut Lohnliste 1989 der MfS-Buchhaltung: 54 750 Mark, abzüglich 22 140 Mark, die aus Schalcks Nebeneinkünften als Staatssekretär einbehalten wurden.

Honeckers Mann für Nato-Elektronik und West-Chips verdiente mehr als die Stasi-Generale Edgar Braun (Abteilung XIX, „Sicherung des Verkehrswesens“), Willi Opitz (Leiter der Juristischen Hoch- und Fachschule Potsdam) oder Rolf Fister (Hauptabteilung IX, „Untersuchungen und Vernehmungen“). Deren Salär: 51 580 Mark.

Weniger als Schalck bekamen auch die wichtigen Spitzenoffiziere des MfS Paul Kienberg (Hauptabteilung XX, „Gesellschaftlicher Überbau“) und Manfred Dietze (Hauptabteilung I, „Sicherung der Nationalen Volksarmee



Ex-Oberst Schalck-Golodkowski, Begleiterin*: Leben auf Pump?

* Im Dezember 1990 am Tegernsee.

und der Grenztruppen“). Ihnen schrieb der MfS-Rechnungsführer übers Jahr 54 500 Mark gut.

Dem SPIEGEL bekanntgewordene Unterlagen dokumentieren darüber hinaus, daß weite Teile der Schalck-Behörde „Kommerzielle Koordinierung“ identisch waren mit einer Spezialabteilung im MfS, deren Tätigkeit wie ein Staatsgeheimnis behandelt wurde: der Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, in DDR-typischem Kürzel AG BKK genannt.

Die Dokumente belegen zudem, daß Schalcks Behauptung, er sei in der Hauptsache Staatsdiener und nur nebenher, quasi ehrenamtlich, für Mielke tätig gewesen, falsch ist: Der Oberst Schalck war in erster Linie Stasi-Mann, fest eingebunden in die geheime Unterdrückungsmaschinerie der SED.

„Das ist so“, vergleicht ein Bonner Sicherheitsexperte die Verquickung von Geheimdienst und Geschäft beim Ex-Genossen Schalck-Golodkowski, „als ob sich der BND im Wirtschafts- und Finanzministerium an oberster Stelle eingenistet hätte.“

Die Vorgeschichte der 112 Mann starken MfS-Truppe von der AG BKK, die sechs Jahre vor der Wende auf Befehl Mielkes gegründet und organisatorisch seinem Vize Rudi Mittig zugeordnet worden war, ist lang. Schon in den fünfziger Jahren verknüpften die Einheitssozialisten nachrichtendienstliche Tätigkeit eng mit der Außenwirtschaft. Agenten konnten so mit glaubwürdigen Legenderungen arbeiten.

Im Juni 1960 trat Schalck, damals noch ohne Doppelnamen, ausweislich

Gleichzeitig durfte Schalck sogenannte Lorokonten (Konten, die eine Bank für eine andere führt) einrichten.

Sindermann notierte:

Die bei der DHB (Deutsche Handelsbank) und der DABA (Deutsche Außenhandelsbank) geführten Lorokonten werden nicht in die allgemeine Bankkontrolle einbezogen. Für die Transaktionen auf diesen Konten ist Genosse Dr. Schalck verantwortlich und übernimmt die Kontrolle.

Mehr als dem Staat diente Schalck jedoch der Stasi – als wichtiger Mann mit dem Geld: Auf Anweisung Mielkes nahm er das Konto 0528 „in seiner Behandlung“ aus der Sindermann-Order heraus. In einem Aktenvermerk hielt der KoKo-Chef fest: „Berichterstattungen“ über den Kontostand hätten „ausschließlich“ an Mielke „zu erfolgen, die Weitergabe an einen anderen Personenkreis“ sei „nicht gestattet“.

Die strenge Geheimhaltung machte Sinn. Aufs Konto 0528 flossen nicht nur jene Gewinne, die die Ost- und Westfirmen der abgeschotteten KoKo-Hauptabteilung I erwirtschafteten; deren Leiter Manfred Seidel, heute 62, war wie



Partner Strauß, Schalck (1984)
Gemeinsame Freunde

DDR-Wirtschaft nicht zu bremsen. Bereits bei der Ausarbeitung des Fünfjahresplans 1976 bis 1980 war klar, daß Ost-Berlin im Ausland vier Milliarden Valutamark Schulden hatte.

Vor allem in den ökonomischen Schlüsselbereichen Elektronik, Informatik und Maschinenbau hing der Honecker-Staat hoffnungslos hinter der Entwicklung zurück. „Nur wer Chips hat“, lautete eine Parole in der KoKo-Zentrale an der Ost-Berliner Wallstraße, „hat auch gedeckte Schecks.“

Die eigene Forschung war zu schwach, der Einkauf im Westen offiziell nicht möglich. Denn die Cocom-Liste verbot den Export hochsensibler, militärisch nutzbarer Güter wie Computer oder Präzisionsmaschinen in den Ostblock.

Ein Fall für Oberst Schalck. Der MfS-Mann versprach SED-Chef Honecker schriftlich, die Beschaffung und Finanzierung „spezieller Ausrüstungen und Technologien“ zu organisieren, „darunter Embargoerzeugnisse“.

Die Unentbehrlichkeit des Koko-Chefs für heikle illegale Transaktionen bezeugte der Ost-Wirtschaftslenker Günter Mittag Anfang der achtziger Jahre dem „lieben Genossen Honecker“. Schalck müsse, forderte Mittag, noch mehr als bisher die Aufgabe übertragen werden, den Verteidigungszustand der DDR zu sichern. Der MfS-Mann solle sich im Auftrag des Nationalen Verteidigungsrates vor allem um die Stärkung der Waffenindustrie im allgemeinen und die Beschaffung von High-Tech im besonderen kümmern.

Je erfolgreicher Schalck arbeitete, desto enger band ihn Mielke in seinen

74491	030732430120 98 27 00	SCHALK-GOLODKOWSKI, ALEXANDER:	54750.00
74492	101128430218 98 27 00	SEIDEL, MANFRED:	47812.50
74493	090329430045 98 27 00	MEIER, KARL:	42562.50
74494	281040530071 98 27 00	SCHALK-GOLODKOWSKI, SIGRID:	39750.00
74495	001040200706 00 27 00	BIROCH, GUENTER:	33562.50

MfS-Gehaltsliste (Ausriß)*: Mehr Geld als viele Generale

seiner Kaderakte den Stasi-Dienst an. Nach dem Mauerbau im August 1961 begann die Parallel-Karriere des 29-jährigen im Außenhandelsministerium; Anfang 1967 übernahm er KoKo.

Schnell reüssierte der Zweizentnermann als Manager für alle Fälle – „eiskalt, berechnend, glashart“, wie ein früherer Vertrauter ihn schilderte. Aber auch unabkömmlich.

Am 14. September 1972 verordnete der damalige stellvertretende Regierungschef Horst Sindermann KoKo und dessen nachgeordneten Betrieben – mehr als 100 in der DDR und im Westen – eine einmalige Sonderstellung als „Devisenausländer“, frei von sämtlichen staatlichen Einschränkungen.

* Von Mitarbeitern der AG BKK, zu denen auch Schalck-Ehefrau Sigrid gehörte.

Schalck MfS-Offizier (Jahresgehalt: 47 812,50 Mark) und Mitglied der AG BKK.

Auch die Erlöse aus Häftlingsfreikäufen, im internen Jargon B-Geschäfte genannt, wurden hier verbucht – und dann teilweise „für operative Aufgaben“ des MfS wieder ausgegeben. Bis 1974 lief die Praxis so, Gesamteinnahme: 581,2 Millionen Mark.

Skrupel kannten die Beschaffer offenbar nicht. Ex-Oberst Seidel in seiner Vernehmung:

Mein Auftrag war, alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, Valuta für die DDR zu erwirtschaften. Dabei gab es keine gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Das trifft für In- und Ausland zu.

Trotz aller Freiheiten vermochte auch KoKo den ständigen Niedergang der

Apparat ein. Der Armeegeneral gab am 1. September 1983 Order (GVS MfS 0008-11/83), „zur politisch-operativen Sicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung“ im Ministerium eine eigene Diensteinheit einzurichten – die AG BKK.

Die präzise Verzahnung von KoKo mit dem MfS sollte, so Mielkes Befehl, „ein schnelles Reagieren auf internationale Lagebedingungen“ ermöglichen. Weiter beauftragte Mielke seinen Schalck, alle Möglichkeiten KoKos „für die politisch-operative Arbeit“ der Stasi zu nutzen. „Er“, betonte der Minister in der Order 14/83, „ist mir in diesen Fragen *direkt* unterstellt und *persönlich* rechenschaftspflichtig.“

Im Jahr vor der Wende präziserte Mielke (GVS MfS 008-14/88) den Befehl von 1983 und schottete KoKo noch stärker ab.

Zur totalen Abdeckung wurden etliche MfS-Hauptabteilungen eingesetzt: VI („Sicherung und Kontrolle der Grenze“), VII („Sicherung der Organe des Ministeriums des Innern“), X („Internationale Verbindungen“), XII („Zentrale Kartei“), XVIII („Sicherung der Volkswirtschaft“), Personenschutz, die „Verwaltung Rückwärtiger Dienst“ für die „Beschaffung spezieller Erzeugnisse“ sowie das Ressort „Bewaffnung/Chemischer Dienst“ zwecks „Einhaltung der Konspiration und Geheimhaltung“.

Mielke spannte auch die HVA seines Stellvertreters und Spionagechefs Markus Wolf ein, und zwar deren Sonder-„Bereich K“. Dort saßen, angeführt von Oberst Rudolf Gentschow, 38 Mitarbeiter. Bis zur Wende veranlaßte der HVA-Sektor Wissenschaft und Technik

(SWT) die Beschaffung hochsensibler Güter. Für den Bereich Funk, Elektrotechnik und Elektronik war die Unterabteilung XIV zuständig, für Rüstung die Unterabteilung XV.

SWT und KoKo arbeiteten „eng zusammen“ und „stimmten miteinander ab, auf welche Weise die Beschaffung vorgenommen“ werden könnte, schrieben die Celler Richter ins Jochheim-Urteil. KoKo sei in der Lage gewesen, „legal nicht zu erlangende Güter in größerer Menge“ zu beschaffen, „die der SWT auf direktem Wege nicht“ organisieren könne.

Auf diese Art gelang es der DDR,

- ▷ im Juni 1987 einen amerikanischen Hochleistungsrechner (DDR-Kürzel: „V 12“) in Betrieb zu nehmen, der „dem Entwurf hochintegrierter Schaltkreise für volkswirtschaftlich dringend benötigte Rechnersysteme“ diene;
- ▷ im September desselben Jahres einen 16-Bit-Mikroprozessor zu produzieren;
- ▷ Technik für Satelliten und Zieloptiken für Kampf-Jets zu entwickeln;
- ▷ „Muster modernster Militärtechnik der Nato“ zu beschaffen.

Schalck half dabei das weit verzweigte Netz in- und ausländischer Firmen, die für KoKo und die Stasi arbeiteten. Besonderer Verlaß war stets auf die ostdeutschen „Privathändler“ Günther Forgber oder dessen Kollegen Michael Wischniewski alias Herschel Libermann alias Harry Hoffmann alias Silvermann alias Dr. Gerhardt. Dessen Firma F.C. Gerlach hatte schon in den sechziger Jahren „mit Grundstoffen der höchsten Sperrstufe der Embargoliste“ (Bonner Geheimdienstler) gedealt.

Gerlach, mittlerweile liquidiert und in eine GmbH umgewandelt, schaffte für KoKo in Spitzenjahren fast 30 Millionen Mark an; an die HVA gingen bis zu 1,5 Millionen jährlich.

Als nach der Wende der designierte Wirtschaftsminister Schalck-Golodkowski der Regierung Hans Modrow unter starken Druck des Volkes und der Volkskammer geriet, bat er Mielke-Nachfolger Wolfgang Schwanitz schriftlich, die KoKo-Hauptabteilung I „zum Bereich der Nationalen Sicherheit zu erklären“. Ein „Offenlegen“ der KoKo-



Schalck-Helfer Wischniewski

Alias Libermann, Hoffmann, Silvermann

Aktivitäten, so Schalck, würde der DDR „nicht gutzumachenden außenpolitischen und finanziellen Schaden“ zufügen.

Schwanitz kam ihm nicht entgegen. „Er machte die Bemerkung, ich sei gut beraten“, erinnert sich Schalck, „meine Beziehungen zur Staatssicherheit zu vergessen, dies würde auch meiner eigenen Sicherheit dienen.“

Die sah der Top-Mann Mielkes denn auch im Westen besser aufgehoben: Weil „ich um mein Leben bangte“, flüchtete er am 3. Dezember 1989 nach West-Berlin.

Bislang scheint seine Rechnung aufzugehen. Die Berliner Staatsanwaltschaft untersucht, ob der einstige Herr über die Valuta-Milliarden der SED für seine Zukunft im Westen ein paar Millionen abgezweigt hat, die eigentlich dem gesamtdeutschen Staat gehören.

Noch haben die Rechercheure wenig Erfolg. Schalck gibt an, er lebe in seiner komfortablen Mietvilla am Tegernsee von Interviewhonoraren, vor allem aber auf Pump – von Geld, das ihm reiche Geschäftsfreunde von einst aus dem Bayerischen großherzig geliehen hätten. Die guten Freunde, die ebenso gute Freunde des verstorbenen Franz Josef Strauß waren, haben es der Staatsanwaltschaft schriftlich bestätigt.

Die Behauptungen Schalcks zu widerlegen ist schwierig. Die Ermittler beklagen Personalmangel: Ein Staatsanwalt



MfS-Offiziere Schalck, Wolf: Enge Zusammenarbeit

Berlin

und sechs Kripo-Beamte von der insgesamt 100köpfigen Berliner Spezialtruppe zur Aufdeckung der „Regierungskriminalität“ in der ehemaligen DDR müssen erst einmal 1100 Aktenordner durchwühlen, 2000 weitere sind in diversen Bundesarchiven deponiert. Die Bitte um personelle Verstärkung aus den alten Bundesländern blieb ohne Echo. Die Berliner Verfolger haben den Eindruck gewonnen, als betrachte Bonn die Schalck-Ermittlung lediglich als lästige Pflichtübung, an deren Erfolg niemand sonderlich interessiert ist.

Auch Generalbundesanwalt Alexander von Stahl ließ Schalck bislang unbehelligt, anders als dessen prominente MfS-Kollegen, die ehemaligen Spionagechefs Markus Wolf und Werner Großmann, gegen die er wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit ermittelt. „Ich nehme an“, sagte Schalck der *Zeit*, „nach sorgfältiger Prüfung“ seien „keine strafrechtlich relevanten Handlungen sichtbar geworden“; er „hoffe“, daß es dabei bleibe.

Die Hoffnung ist trügerisch: Denn die Maßstäbe, nach denen in Celle der Händleragent Jochheim verurteilt wurde, treffen erst recht auf den KoKo-Boß zu. Nach den Feststellungen der Celler Richter arbeitete Jochheim als Spion, weil er „Geräte, Bauteile und schriftliche Unterlagen“ ans MfS verschobelt hatte. Diese Tat habe sich gegen die Bundesrepublik gerichtet, da „unmittelbar Erkenntnisse und Angelegenheiten“ des Landes „vermittelt“ worden waren.

Schalcks Einlassung, er sei nie im Westen geheimdienstlich tätig gewesen, hält mithin nicht stand: Strafrechtlich gesehen ist es gleichgültig, von wo aus er operierte. Klaus Detter, Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, hat die Rechtslage nach der Vereinbarung erst kürzlich deutlich gemacht: Auch wer „nur vom Boden der ehemaligen DDR aus“ handelte, entschied Detter im Fall des letzten HVA-Chefs Werner Großmann, habe sich „als Ausländer“ schuldig gemacht. Laut Strafgesetzbuch gelte „das deutsche Strafrecht unabhängig vom Recht des Tatorts ... für im Ausland“ begangene Staatsschutzdelikte.

„Die Strafbarkeit“ der Spionage für die „frühere DDR“, komplettierte Detter, sei durch deren Beitritt „nicht erst begründet“ worden: „Die Strafverfolgung wurde tatsächlich ermöglicht.“

Paragraph 99 legt ein Strafmaß fest, das bis zu zehn Jahren Haft reicht. Die Ermittler haben Zeit: Im Fall Schalck läuft die Verjährungsfrist mindestens bis zum 2. Dezember 1994 – es sei denn, vorher kommt die Amnestie.

Kopf ab

Schneller als erwartet streicht Finanzminister Waigel die Berlin-Förderung zusammen. Politiker fürchten eine neue Berlin-Krise.

In der Nacht, als die Mauer fiel, begann in Berlin die Zeit der großen Träume. Aufwärts sollte es endlich gehen in der Stadt, die jahrzehntelang schmerzlich die Folgen der deutschen Teilung erlitten hatte. Den 9. November feierten die Berliner als Glückstag.

Der nächste Schicksalstag steht auch schon fest – allerdings mit anderen Vorzeichen. Der 1. Juli 1991 wird, so sieht es das Bonner Drehbuch vor, zum Schwarzen Montag der frisch vereinten Metropole.

An diesem Tag kollabiert das wirtschaftliche Gerüst der Dreieinhalb-Millionen-Stadt. In Ost-Berlin fallen 300 000 Arbeitnehmer aus der kaschierenden Kurzarbeiterregelung und der sogenannten Warteschleife ehemaliger Behördenbediensteter in die offene Arbeitslosigkeit. In West-Berlin endet die klassische Berlin-Förderung, mindestens 30 000 Arbeitsplätze werden kurzfristig abgebaut.

Und, als ob das alles noch nicht genug wäre, fehlen schon durch den ersten Kürzungsschritt bei der verringerten Arbeitnehmerzulage in jeder Haushaltskasse pro Monat ein oder zwei Hundertmarkscheine.



Regierender Bürgermeister Diepgen*
„Gleich viermal zahlen“

Berlin, 40 Jahre lang Opfer der deutschen Teilung, wird nun zum Opfer der Vereinigung. Die Stadt muß, wie der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) fürchtet, „gleich drei- und viermal für die Überwindung der Teilung zahlen“: höhere Steuern, teureres Benzin, steigende Mieten und weniger Berlin-Stütze.

Weil die Bonner Regierung die Kosten der Einigung monatelang unterschätzte, muß Finanzminister Theo Waigel jetzt Hals über Kopf die Zahlungen an die Berliner Wirtschaft drosseln. Am Mittwoch vergangener Woche stimmte das Kabinett einer Sparvorlage Waigels zu, die schneller und drastischer als erwartet die Stadt vom Tropf nimmt.

Norbert Meisner, der neue Berliner Wirtschaftssenator, wirft Waigel politische Kurzsichtigkeit vor: „Natürlich ist eine Änderung der Berlin-Förderung notwendig“, meint Meisner (SPD), „aber doch nicht genau zu diesem Zeitpunkt, wo wir durch die Ost-Berliner Arbeitslosenschwemme ohnehin bis zum Hals im Sumpf stecken.“ Auch falle der Umfang der Kürzungen so drastisch aus, daß viele Firmen abwandern würden.

„Unzumutbar“, schimpft auch Koalitionspartner Diepgen und droht, im Bundesrat das gesamte Steuerreformpaket, das den schrittweisen Abbau der Berlin-Förderung beinhaltet, durchfallen zu lassen.

In der Ablehnung der Waigel-Pläne fanden vergangene Woche die unterschiedlichsten Berliner zusammen. „Uns steht die zweite große Berlin-Krise seit dem Mauerbau bevor“, fürchtet Bernd Köppl, Abgeordneter der einst mitregierenden Alternativen Liste. „Ein Stück Berlin-Feindlichkeit“ sieht der ehemalige Berliner DGB-Chef Michael Pagels. Käme es infolge der Kürzungen zu steigenden Kosten, warnt Siemens-Statthalter Joachim Putzmann, müsse man wohl doch „die Fertigungstiefe“, also die Beschäftigtenzahl, „in einigen Berliner Werken überprüfen“. Dem Geschäftsführer des Berliner Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Jochen Braun, schwant gar „eine zweite Blockade Berlins“, die Folgen habe wie die von 1948/49.

Die Fronde gegen Waigel steht nicht deshalb so geschlossen, weil alle den verlorenen Subventionen hinterherweinen. Politikern, Verbänden

* Vor dem Ost-Berliner Roten Rathaus.